



BURMA REPORT

July 2008

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 62

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

news@irrawaddy.org - www.irrawaddy.org -
THE BURMANET NEWS - July 12-14, 2008 Issue
#3510 - "Editor" editor@burmanet.org - www.burmanet.org

THE **Irrawaddy** - Die Herausforderungen der Wahl von 2010.

Min Zin Samstag, den 12. Juli 2008
http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=13292

Der burmesische Konflikt ist in eine neue Phase der Interaktion eingetreten. Das heißt, der Konflikt wird 2010 institutionalisiert.

Das Militär hat durch die Ratifizierung der Verfassung einseitig Regeln für ein neues Spiel herausgegeben und bereitet sich, als Teil seiner Roadmap der sieben Schritte darauf vor, 2010 Wahlen abzuhalten. Aber die neue Verfassung wird nicht viel zu der vielbenötigten Staatsbildung beitragen, einem Prozeß, in dem sich alle Parteien zusammenfinden und ihre Stimme hören lassen.

Anstatt einen neuen Prozeß der Staatsbildung zu beginnen, befindet sich Burma an zwölfter Stelle von insgesamt 177 Staaten auf dem Index „gescheiterter Staaten“ des Magazins für Außenpolitik und Friedensfonds, die anfällig für gewaltsame interne Konflikte und sozialen Zerfall sind. Auf dem Index von 2007 stand Burma an 14. Stelle der gescheiterten Staaten. Das Land bricht auseinander.

„Ich kann wirklich zu diesem Zeitpunkt nicht erkennen, dass etwas geschieht, was sich positiv für eine bessere Zukunft des Landes auswirkt“, sagte David Steinberg, ein Burma-Experte an der Georgetown Universität, Washington DC.

Die unvereinbaren Ziele der Eliten des Militärs und der Opposition einschließlich der ethnischen Minderheiten werden durch die neue Verfassung und die Wahlen von 2010 nicht umgewandelt.

Die Opposition wird weiterhin für das Ziel der nationalen Aussöhnung kämpfen. Sie wird jedoch in dem System der neuen Verfassungsprozeduren, die die exklusive Vorherrschaft des Militärs vorsehen, erfolglos bleiben. Daraus folgt, dass die Opposition einen anderen Weg des Vorgehens suchen muß – wie z.B. öffentliche Mobilisation und internationale Fürsprache.

Da jedoch das Militär fortfährt, durch die

Verfassung und die Wahlen sein einseitiges Ziel der ausschließlichen Vorherrschaft des Militärs zu verfolgen, kann es nicht erwarten, das Konfliktpotential zu minimieren. Der sichtbarste Preis dieser Vorgehensweise wird die Fortdauer der internationalen Isolierung sein und weiterer Schaden an der Ökonomie des Landes.

„Wir akzeptieren die einseitige Lösung der Junta nicht“, sagte Aung Din, ein ehemaliger politischer Häftling und geschäftsführender Direktor der US-Kampagne für Burma. Solange es keine verhandelte politische Übereinkunft zwischen dem Militär, der von Aung San Suu Kyi geleiteten National League for Democracy und allen Vertretern der ethnischen Minderheiten gibt, werden die von den USA angeführten westlichen Sanktionen gegen die Junta nicht aufgehoben werden.“

Sein Htay, ein im Exil lebender burmesischer Wirtschaftswissenschaftler, geht noch weiter, indem er sagt: „Unabhängig davon, ob die westlichen Wirtschaftssanktionen bestehen oder nicht, werden das Versagen der Politik des Regimes und Misswirtschaft die Aussichten auf Entwicklung und öffentliche Wohlfahrt beschädigen. Nach 2010 wird sich die Wirtschaft des Landes weiterhin verschlechtern.“

Die Drohung eines öffentlichen Aufstandes wird weiterhin bestehen, da die Absichten des Militärs eine Aussöhnung der Interessen nicht favorisieren. Es wird zu mehr Repressionen kommen, die bestehenden Klagen und öffentlichen Feindseligkeiten dem Militär gegenüber werden sich verstärken.

„Da die Generäle nach 2010 dieselben Methoden der Nötigung des Volkes anwenden werden, wird der bestehende öffentliche Unwille, der ein bisher noch nicht gekanntes Maß während der Niederschlagung der von den Mönchen angeführten Proteste des vergangenen Jahres erreichte und die Nachlässigkeit des Regimes bei der Behandlung von Hilfssendungen nach dem Zyklon im Mai, zusammenfallen“, sagte Win Min, ein Forscher der zivilmilitärischen Beziehungen in Burma. Die Feindseligkeiten zwischen den zivilen-militärischen Beziehungen werden fortauern.“

Außer der Unfähigkeit, nicht übereinstimmende Ziele und Beziehungen zu verändern, wird das neue Regime nach 2010

keinerlei Wandel in der Bedeutung von Forderungen herbeiführen, denen sich das Land gegenüber sieht und die ihm den Pariah-Status eingetragen haben..

Nach der neuen Verfassung des Militärs, wird ein Militärchef unabhängig militärische Belange leiten, wie z.B. die Rekrutierung und Erweiterung der Truppen, Beförderungen, Truppeneinsatz, Geschäfte, die sich im Militärbesitz befinden, Kauf und Herstellung von Waffen usw.

Das bedeutet, dass das Problem der Kindersoldaten, Zwangsevakuierung, Zwangsarbeit, Landminen, Flüchtlinge im Innern des Landes, der Strom der Flüchtlinge in Nachbarländer, Vergewaltigung und andere Rechtsbrüche, die mit den unkontrollierten Interessen und dem Verhalten Militärs in Verbindung stehen, weiter andauern werden, besonders in den Gebieten der Ethnien wie die östlichen Gebiete Burmas.

Da die legislative Macht des Parlamentes eingeschränkt sein wird, weil es keinen Einfluß auf das Militär haben kann, wird es keinen zivilen Mechanismus geben, die Exzesse des Militärs zu begrenzen. Angehörige des Militärs, die sich krimineller Vergehen schuldig gemacht haben, werden vor ein Militärgericht gestellt werden, das von der Spitze der Streitkräfte, dem Tatmadaw, bestimmt wird und so dem Militär erlaubt, ungestraft seine Rechtsbrüche fortzusetzen.

Die Wahlen von 2010 könnten jedoch auch einen Wechsel in der Führung herbeiführen, zumindest im Anfangsstadium auf einer nominellen Ebene. Es wird zwei Machtzentren geben – Militär und Regierung. Außer den 25% der Parlamentssitze, die sich das Militär reserviert und seiner Macht; drei der wichtigsten Kabinettsminister zu ernennen (Verteidigung Innenminister und Minister für Belange in den Grenzgebieten), sind die Generäle entschlossen, die verbleibenden Portfolios und Parlamentssitze mit Mitgliedern ihrer eigenen tragen Zivilbewegung, der Union Solidarity and Development Association (USDA) zu besetzen

Es steht fest, dass die Wahlen gezeichnet sein werden von Wahlfälschung, Einschüchterungen und Drangsalierungsattacken orchestriert von der USDA und ihren angegliederten Organisationen gegen die Kandidaten der Opposition. Unter Berücksichtigung der Liste von USDA-Gewalttaten gegen Suu Kyis Umgebung...
✍

.. ↗ in 2003 und Aktivisten der Opposition in den darauffolgenden Jahren wird die Welt Zeuge eines demokratischen Wahlmodells von Schlägertruppen werden, vergleichbar mit dem Zerrbild der vor kurzem abgehaltenen Wahlen in Zimbabwe.

Das neue Machtarrangement nach den Wahlen wird nichtsdestoweniger den Konflikt zwischen zwei Machtzentren hervorrufen über die Befehlsstruktur und persönlichen Interessen. Bereits jetzt wird verschiedentlich darüber berichtet, dass ernsthafte Feindseligkeiten und Spannungen zwischen den Angehörigen des Militärs und Mitgliedern der USDA bestehen wegen des Eingreifens der Letzteren in das Verwaltungsmandat des Militärs und andere Angelegenheiten des Eigeninteresses.

Berücksichtigt man die fehlende Erfahrung des Militärs in der Gewaltenteilung, so wird es schwerer für die Generäle sein, zu akzeptieren, von der USDA ausgestochen zu werden.

„Viele Offiziere des Militärs hassen die USDA und glauben, dass diese mit Than Shwes Abgang verschwinden wird“, sagte eine dem Militär nahe stehende Quelle.

Das Operieren der Regierung mit zwei Machtzentren – gleichgültig, wer die Fäden zieht – könnte entweder zu einer ernsthaften Spaltung im Innern führen oder zu bedauerwürdiger Unfähigkeit des regierenden Organs.

Einige Fürsprecher erwarten, dass dies zu einer evolutionären Wende zur Befreiung führen könnte. Sie glauben, dass die Verfassung des Militärs, wie fehlerhaft sie auch sein mag, Reformmöglichkeiten für eine neue Generation von Militäroffizieren abgeben kann. Sie schlagen vor, dass die „Anwendung des fehlerhaften Demokratie-modells der Generäle der Ausgangspunkt für eine akzeptablere Lösung auf lange Sicht“ sein kann.

Die Natur der Rivalität um die Macht in einem Regime nach 2010 muß nicht notwendigerweise zu einer neuen Öffnung und Demokratisierung auf längere Sicht führen. Selbst wenn dies so sein sollte, bleibt die Frage: Wie lange ist auf längere Sicht? Es könnte zu lange sein, um für die Strategie der Opposition innerhalb und außerhalb des Landes Relevanz zu haben

Es ist nicht anzunehmen, dass ein politischer Wandel im Rahmen einer vom Militär aufgezwungenen Verfassung stattfinden wird. Selbst Verfassungsänderungen in der Hoffnung auf eine allmähliche Reform und neue Machtverteilungen, werden innerhalb einer vom Militär dominierten parlamentarischen Debatte nicht möglich sein. Dies könnte nur durch öffentlichen Druck und ein verhandeltes Übereinkommen mit dem Militär möglich werden. An-

derfalls bleiben die Aussichten für nach 2010 finster.

Deshalb muss die internationale Gemeinschaft unter Führung der UN ihre Anstrengungen verdoppeln und auf eine umfassende politische Lösung in Burma vor 2010 hinarbeiten durch Moderation eines bedeutsamen Dialogs aller Schlüsselfiguren und unter Anwendung zwingender Diplomatie, anstatt das Regime zu bitten, die Wahlen glaubwürdig und umfassend zu führen.

Die internationale Gemeinschaft muß sich voll bewusst machen, dass das Ergebnis der Wahl in Übereinstimmung mit der Verfassung des Militärs ausfallen wird. Andernfalls wird es zu demselben entscheidenden Fehler kommen, den die Chefs der EU am 19. Juli auf dem Gipfel in Brüssel begingen, als sie die Militärjunta aufforderten, dafür zu sorgen, dass die für 2010 angekündigten Wahlen so vorbereitet und geführt werden, dass sie zu einem „glaubwürdigen und unter voller Teilnahme aller stattfindenden Übergang zur Demokratie beitragen werden“.

Ohne Berücksichtigung der im Kontext und in Folge sich ergebenden Fehler drängten die Chefs der EU auf die Wahl in 2010 und glaubten wahrscheinlich, dem Anliegen der burmesischen Demokratie zu dienen. Moralisches Elend und strategischer Schnitzer!

Der UN-Gesandte Ibrahim Gambari, der plant, demnächst nach Burma zurückzukehren, sollte vor allem darauf achten, der Verfassung des Regimes und den Wahlen keinerlei Legitimität einzuräumen. Die UN, die seinerzeit die Roadmap der sieben Schritte der Junta als Bedingungen für einen umfassenden Übergang unterstützte, muss jetzt klar zu erkennen geben, dass die Karte nicht länger Gültigkeit hat, da die notwendigen Schlüsselfiguren nicht beteiligt wurden.

Um es kurz zu sagen, sollte die von der UN geführte internationale Gemeinschaft nicht den Versuch aufgeben, eine umfassende politische Lösung in Burma vor 2010 herbeizuführen.

THE
IRRAWADDY
Covering Burma and Southeast Asia news@irrawaddy.org - www.irrawaddy.org
THE BURMANET NEWS - July 2, 2008 Issue #3503 "Editor" editor@burmanet.org - www.burmanet.org

Parteien müssen sich vor den Wahlen registrieren lassen: Junta

Wai Moe Mittwoch, den 2. Juli 2008

Wie dem Irrawaddy berichtet wird, will Burmas Militärjunta in den kommenden Monaten ankündigen, dass sich alle politischen Parteien vor den Wahlen von 2010 registrieren lassen müssen..

Lt. Quellen, die ethnischen bewaffneten Gruppen nahe stehen, die seit 1990 einen Waffenstillstand mit der regierenden Junta unterhalten – sollen Militärbeamte Waffenstillstandsgruppen dazu aufgefordert hätten, ihre politischen Parteien zu organisieren als Vorbereitung für die von der Junta anzukündigende Registrierung der Parteien.

Burmesische Militäroffiziere berichteten den Waffenstillstandsgruppen auch wiederholt, dass hochrangige Generäle sich an den Wahlen von 2010 beteiligen werden.

Quellen der USDA in Rangoon zufolge hat die Union Solidarity and Development Association (USDA), die vom regierenden Militärregime gestützt wird, ihre Mitgliederlisten überprüft als Vorbereitung für die anstehenden Wahlen, nachdem das Regime angekündigt hat, dass mehr als 90% der Wähler die neue Verfassung unterstützen.

Mitglieder der USDA wurden wiederholt dazu aufgefordert, politischen Parteien beizutreten, die vom Militär unterstützt werden.

Quellen berichten weiter, dass der USDA in Gesprächen mit Militärbeamten mitgeteilt wurde, dass die Spitzengeneräle des Landes mit der Anwendung der Taktik von Vorwahlen sehr zufrieden seien, da dies die Kontrolle erlaube und zum Sieg des Referendums zur Verfassung im Mai beigetragen habe.

Militärbeamte forderten die Führung der USDA und lokale Behörden dazu auf, Vorwahlen zu den allgemeinen Wahlen in 2010 abzuhalten, besonders für Soldaten, Beamte und Mitglieder der USDA

„Die Generäle sind mit dem Ergebnis des Referendums und den Vorwahlen sehr zufrieden. Sie glauben, die Menschen durch Vorwahlen besser kontrollieren zu können als mit den geheimen Wahlen am Wahltag,“ sagte ein führendes Mitglied der USDA auf Stadtratsebene in Rangoon.

„Als ich am 24. Mai zum Wahllokal ging, um meine Stimme abzugeben, wurde mir von Angehörigen des Unterausschusses im Wahllokal mitgeteilt, dass ich lt. ihren Unterlagen bereits gewählt hätte. Als ich fragte, wer das für mich getan hätte, erklärten sie mir daraufhin, dass sie das für mich erledigt hätten in der Annahme, ich würde nicht zur Wahl kommen“, berichtete ein Geschäftsmann aus Rangoon.

Die stärkste Oppositionspartei, die National League for Democracy, hat sich noch nicht entschieden, ob sie sich an den Wahlen in 2010 beteiligen wird. Die Partei hält immer noch am Ergebnis der Wahlen von 1990 als gültig fest und verfolgt die Politik, die Versammlung des Volksparlamentes mit den gewählten Vertretern .. ↗

.. der letzten Wahl einzuberufen, sagte Win Naing, Sprecher der NLD.

„Das Ergebnis der Wahl von 1990 wurde nie vom derzeitigen Regime anerkannt. Wie sollen wir dann über das Ergebnis einer anderen Wahl, die nach denselben Regeln stattfinden soll, nachdenken.“, fügte er hinzu.

http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=13105

AFP, Samstag, den 19. Juli 2008

Suu Kyi von Myanmars Gedenkfeier zum Märtyrer-Tag ausgeschlossen

Tin Kyi mtinkyi7@yahoo.com - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - July 19, 2008 [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com](http://www.NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com)

Rangoon: Myanmars pro-demokratische Führerin Aung San Suu Kyi wurde unter Hausarrest gehalten, als andere sich versammelten, um ihrem toten Vater am Märtyrertag die Ehre zu erweisen.

Suu Kyi war vom regierenden Militär nicht eingeladen worden, an der jährlich stattfindenden Zeremonie teilzunehmen, teilte ein Angehöriger der Partei National League for Democracy mit.

Die Militärregierung hatte am Samstagmorgen eine kurze Gedenkfeier im Märtyrermuseum in der Nähe der berühmten Shwe Dagon Pagoda in Rangoon, der größten Stadt des Landes, abgehalten.

Brigademajor, General Aung Thein Linn nahm zusammen mit einigen Regierungs- und Familienangehörigen am 61. Gedenktag zu Ehren des verstorbenen Führers teil.

Aber das Außenministerium hatte ohne Angabe von Gründen Einladungen an ausländische Botschaften abgesagt, dies wurde von Diplomaten bestätigt.

Suu Kyi war erst zwei Jahre alt, als sie ihren Vater verlor. Myanmar erhielt seine Unabhängigkeit ein Jahr später im Januar 1948.

Aung San Suu Kyi befindet sich für die längste Zeit der vergangenen 18 Jahre unter Hausarrest, die letzte Periode begann 2003.

Um die 300 Mitglieder der NLD versammelten sich am Samstagmorgen vor dem Hauptquartier der Partei und salutierten den Ort, an dem die Führer niedergeschossen worden waren.

In Anwesenheit des Sicherheitsdienstes und gepanzerter Polizeifahrzeuge verlief die Versammlung friedlich und ohne Rufe oder Märsche, wie in den vergangenen Jahren geschehen.

Aber die NLD wiederholte ihre Forderung nach umgehender und bedingungsloser

Freilassung von Aung San Suu Kyi und anderer politischer Häftlinge.

Zu Beginn des Monats waren 14 Anhänger Suu Kyis angeklagt worden, weil sie gegen die Verlängerung des Hausarrestes protestiert hatten.

Myanmar wird seit 1962 vom Militär regiert. Die NLD gewann 1990 erdrutschartig die Wahlen, die Junta erlaubte ihr jedoch nicht, das Amt zu übernehmen.

Mizzima-News, Mittwoch, den 9. Juli 2008

Führer des G-8-Gipfels fordern die Junta auf, Aung San Suu Kyi freizulassen

Tin Kyi mtinkyi7@yahoo.com - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - July 09, 2008 - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com](http://www.NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com)

Neudelhi: Führer der Gruppe der Acht, die sich am Dienstag in Japan trafen, forderten die burmesische Militärjunta dazu auf, alle politischen Gefangenen freizulassen und die Demokratie einzuführen. Die Führer der acht Industrieländer – Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Russland und die Vereinigten Staaten forderten die burmesische Militärjunta in einer Erklärung dazu auf, „sofort alle politischen Häftlinge, unter ihnen Aung San Suu Kyi, freizulassen und den Übergang zu einer legitimen, demokratischen Zivilregierung zu fördern.“

Burmas Militärregime verlängerte entgegen aller internationaler Aufforderungen und allem Druck im Mai den Hausarrest der pro-demokratischen Führerin um ein weiteres Jahr.

Daw Aung San Suu Kyi, die burmesische Ikone der Demokratie hat 12 der vergangenen 18 Jahre in Einzelhaft in ihrem Haus am See in Rangoon verbracht. Sie wurde im Mai 2003 nach einem brutalen Angriff eines von der Junta unterstützten Mobs während einer politischen Kampagne in Oberburma verhaftet.

Die Führer der G8 forderten weiter in ihrer Erklärung freien Zugang von ausländischen Helfern, um den Opfern des Zyklons Nargis Hilfe zu bringen, der die südwestlichen Küstenregionen des Irrawaddys heimgesucht hatte und mehr als 138.000 Tote und Vermisste hinterließ.

Die Führer der G8 betonten, „dass sie sich verpflichtet fühlen, dafür zu sorgen, dass die Hilfe bei den Betroffenen ankommt und forderten die burmesischen Behörden dazu auf, alle Einschränkungen für den Zugang von ausländischen Helfern aufzuheben, damit die humanitäre Hilfe an die Opfer des Zyklons gelangen kann.“

Die burmesische Regierung teilte hingegen am Dienstag mit, dass sie mehr als 1500 Visen für ausländische Helfer verteilt

habe, um den Opfern des Zyklons Hilfe zu bringen.

Entsprechend dem UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) vom 7. Juli wurden 317 Visen an UNO-Angehörige ausgeteilt und 13 Anträge laufen noch.

„Visen werden jetzt innerhalb von 2-3 Tagen nach Antragstellung an die TCG gesandt. In den meisten Fällen wird ein Visum für einen einzigen Besuch für eine Dauer von 2 Wochen erteilt,“ sagte die UNOCHAR in einer Veröffentlichung eines Situationsüberblicks am Dienstag.

Die Erlaubnis, in den vom Zyklon betroffenen Gebieten sich frei zu bewegen, muß beim Burmesischen Ministerium für soziale Wohlfahrt, Hilfe und Umsiedlung beantragt werden und die durchschnittliche Zeit hierfür beträgt vier bis fünf Tage.

Mehr als 270 internationale UNO-Mitarbeiter und zumindest ebenso der NGOs sind so bis zum 7. Juli in die betroffenen Gebiete gereist,“ sagte UNOCHAR.

DVB-Norwegen, Samstag, den 19. Juli 2008

<http://english.dvb.no/news.php?id=1549>

Gambaris Besuch weckt wenig Erwartungen

THE BURMANET NEWS - July 17, 2008 Issue #3514 - "Editor" editor@burmanet.org - www.burmanet.org

Angehörige der Opposition und Politik-Analysten haben Zweifel angemeldet, ob der geplante Besuch des Sonderbeauftragten der UNO in Burma Mitte August positive Ergebnisse zeitigen wird.

U Nyan Win, der Parteisprecher für die National League of Democracy sagt, dass die Partei keine großen Hoffnungen an den Besuch des Gesandten knüpft.

„Das Einzige, was dadurch offenbar wird, ist die Tatsache, dass die Rolle, die Mr. Gambari als Unterhändler der nationalen Aussöhnung in Burma für den UN-Sicherheitsrat und die Generalversammlung spielt, noch besteht“, sagte Nyan Win.

„Ob dies eine erfolgreiche Mission wird oder nicht, hängt nicht allein von den Bemühungen der UNO ab“, sagte er. „Aber wir können immer noch auf Erfolg hoffen, solange alle beginnen, daran teilzunehmen – Mr. Gambari, die UNO und alle, die es betrifft.“

U Chan Htun, ein Politikveteran und ehemaliger Botschafter in China, sagt, dass die Regierung dem Besuch zugestimmt hat, weil sie ihre eigene Agenda mit Themen wie die Verfassung und die Wahlen von 2010 auf den Weg bringen will ...

... und Mr. Gambari dazu auffordern wird, Oppositionsparteien zu ermuntern, daran teilzunehmen.

„Sie haben Mr. Gambari eingeladen, weil sie darauf vertrauen, etwas zu erhalten, was sie sich versprechen“, sagte er.

„Unsere Regierung unternimmt nichts, bei dem sie sich nicht des Ausgangs sicher ist; sie wissen nur, was sie selbst wollen und kümmern sich um niemand anderes“.

Burma-Analyst Aung Naing Oo sagt, dass er wenig Hoffnung auf die Bemühungen von Mr. Gambari und der UNO setze.

„Mr. Gambari wird seine Besuche in Burma bis zum Ende seiner Amtsperiode fortsetzen oder bis ihm die burmesische Regierung weitere Besuche des Landes verweigert“, sagte Aung Naing Oo.

„Wenn er weitere Besuche ablehnt, wird jemand anderes dazu ernannt werden, die Aufgabe fortzusetzen. Deshalb muss er unabhängig vom Erfolg weiterhin dorthin gehen.“

Aung Naing Oo meint, dass die vorherigen Besuche des Sonderbeauftragten keine nennenswerten Ergebnisse gebracht hätten.

„Eine allgemeine Frage auf der Seite innerhalb wie auch außerhalb Burmas ist, was er tun wird, wenn er feststellt, dass auf der Roadmap für Demokratie Fortschritte gemacht werden“, fuhr er fort.

„Während der Ära von Mr. Razali Ismail versprochen sich die Menschen von seinen Besuchen noch Hoffnung, weil es damals immer noch etwas gab, auf das man hoffen konnte“, fuhr er fort.

„Aber viele Menschen begannen zu glauben, dass er vom burmesischen Regime nur für die eigenen Zwecke benutzt wurde“.

Razali Ismail, der ehemalige Sonderbeauftragte der UNO für Burma, sagte, dass es wichtig sei, die Kanäle der Kommunikation offen zu halten.

„Die Möglichkeit mit dem Regime zu reden muß unter allen Umständen einschließlich den politischen, aufrechterhalten werden“.

„Ich meine nicht, dass die Menschen die Hoffnung in die UNO verlieren sollten. Die UNO tut alles, was sie kann“, fuhr er fort.

„Als ich noch dort arbeitete, tat ich mein Bestes, aber letztendlich ist es an der Regierung und dem Volk von Myanmar, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.“

"Hla Kyaing" hla.kyaing@gmail.com - <http://www.google.ch/search?q=Myanmar+politics+roile+d%2C+but+junta+grip+firm&ie=utf-8&ce=utf-8&aq=i&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a>

Myanmars Politik aufgewühlt, aber fest in der Hand der Junta

AP Associated Press -San Francisco Chronicle

Denis D. Gray, Bangkok, Thailand (AP), Mittwoch, den 2. Juli 2008

Der Zyklon, der das Herzland Myanmars verwüstet hat, hat auch die politische Landschaft, die mehr als vier Dekaden vom Militär beherrscht wird, aufgewühlt.

Buddhistische Mönche gruppieren sich neu nach dem Schlag, der ihnen vor neun Monaten zugefügt wurde, Gruppen der Zivilgesellschaft treten wieder hervor und ausländische Entwicklungshelfer – oft Agenten politischen Wandels nach humanitären Krisen – sind in nie dagewesener Zahl anwesend.

Die Macht verbleibt absolut in den Händen der Junta. Aber der Zorn gegen das Regime war wahrscheinlich noch nie so groß.

„Vielleicht wird ein stufenweiser Wandel aus der Beschäftigung mit humanitären Problemen erwachsen“, sagte Joel Charny, Vizepräsident der in den USA ansässigen. Internationalen Flüchtlingsorganisation, der Myanmar kurz bevor der Zyklon zuschlug, besuchte.

Die Menschen waren bereits aufgebracht wegen der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen gegen die Regierung im vergangenen September, an der auch die im Lande so verehrten safrangekleideten buddhistischen Mönche teilnahmen.

Dann kam der Wirbelsturm Nargis, der die Junta als unfähig und herzlos bloßstellte, die die die anfangs internationalen Hilfsbemühungen blockierte und diese selbst jetzt noch behindert.

„Die Menschen klagen die Regierung an. Sie ist für viele Tote verantwortlich. Ihr ist Recht oder Unrecht gleichgültig und ließ Menschen sterben, nur um an der Macht zu bleiben“, sagte Aung Myoe, ein 32-jähriger Fahrer, der damit die vorherrschende Stimmung in Rangoon, Myanmars größter Stadt, wiedergab.

„In der Safran-Revolution verloren sie ihre buddhistische Legitimität, mit dem Zyklon verloren sie jegliches Konzept für Leistungsfähigkeit, das sie noch in der Öffentlichkeit hatten“, sagte David Steinberg, ein Myanmar-Experte aus Georgetown..

Steinberg sagt, die Junta trompete ständig ihre Errungenschaften bei der Modernisierung des verarmten und isolierten südostasiatischen Landes, des ehemaligen Burmas, heraus..

Analysten glauben, dass diese Leiden und

auftauchenden Trends auf lange Sicht den Machtbesitz der Junta vermindern werden.. Aber im Moment gehen die Dinge ihren gewohnten Gang: Dissidenten werden verhaftet, eine brutale Kampagne gegen ethnische Minderheiten wütet weiter und das Militär geht auf Wahlen zu, die seine andauernde Kontrolle garantieren sollen.

Aber die 500.000 Mann starke buddhistische Mönchsgemeinschaft, die einzige lebensfähige nationale Institution nach der Armee, gewinnt an Stärke und Zusammenhalt, indem sie die Führungsrolle bei der Hilfe für die Überlebenden des Zyklons übernimmt.

Ihre Arbeit wird von aufkeimenden Gruppen der Zivilgesellschaft unterstützt, die, wie Steinberg meint, in Zukunft für Pluralismus und Demokratie förderlich sein können. Zu diesen Gruppen gehören Berufsgruppen wie Schauspieler und Sänger, Wohltätigkeitsorganisationen und lose Verbindungen gleichgesinnter Bürger.

Ebenso könnte dies auch durch den Zustrom von Entwicklungshelfern und –organisationen geschehen, die den intensivsten Kontakt Myanmars mit der Außenwelt seit der Unabhängigkeit von Großbritannien in 1948 darstellen.

Das entscheidende Wort ist „stufenweise“. Analysten sehen keinen bedeutenden politischen Wandel in der nahen Zukunft, es sei denn, es träten dramatische Ereignisse wie z.B. ein sozialer Aufstand angesichts einer durch den Zyklon hervorgerufenen Reisverknappung oder eine Spaltung innerhalb des Militärs ein.

Das Regime wird unter Druck geraten, wenn es seine 400.000 Mann starken Truppen und deren loyale Familien mit Reis versorgen soll und sicherstellen muß, dass Mangel, der einige Jahre andauern könnte, keine größeren Unruhen im Volke auslösen wird, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist, sagt Donald Seekins, ein Myanmar-Beobachter an der Meio-Universität in Japan.

In der Zwischenzeit marschiert die Junta auf ihrer sogenannten „Roadmap zur Demokratie“ weiter. Wahlen sind für 2010 vorgesehen, die auf der durch ein Referendum angenommenen Verfassung basieren sollen, und die dem Militär 25% der Parlamentssitze garantiert sowie die Macht, das Land im nationalen Notstand zu regieren.

Die Antwort auf den Zyklon, das Referendum und die Verlängerung der Haftzeit der pro-demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi um ein sechstes Jahr riefen alle einen internationalen Aufschrei hervor, aber die Abwesenheit von UNO oder das Ausbleiben anderer ausländischer Aktionen bestätigt die Junta in ihrer Ansicht, dass sie keine Eingriffe von außen zu ..

..☞ befürchten hat.

„Die Menschen in Burma wären glücklich gewesen, wenn die Vereinigten Staaten oder Frankreich hereingekommen wären,“ sagte Ye Htun ein 30jähriger Englisch-Lehrer. „In Myanmar ist die Regierung zu stark und die Menschen sind zu verängstigt. Wir schaffen es nicht allein.“

"euro_burma" euro_burma@verizon.net - Sun, 20. Jul 2008 - johanna.kruger@international.gc.ca - Euro- Burma Office 1000 Bruxelles, Belgium

Singapur - Außenministerium
20.07.2008

Erklärungen des Vorsitzenden der ASEAN, Singapurs Außenminister George Yeo

Die Außenminister der ASEAN führten ein umfassendes und freies Gespräch über die politische Situation in Myanmar. Sie wurden von Myanmars Außenminister Nyan Win über die letzten politischen Entwicklungen einschließlich des Referendums vom Mai 2008 als Vorbereitung für die allgemeinen Wahlen in 2010 unterrichtet.

Die Außenminister drückten ihre tiefe Enttäuschung über die Verlängerung des Hausarrestes von Daw Aung San Suu Kyi durch die Regierung Myanmars aus. Sie wiederholten die Forderung, Häftlinge als Teil des Wiederaussöhnungsprozesses in Myanmar freizulassen. Die Außenminister wiederholten ihre Auffassung, dass die Regierung Myanmars einen ernsthaften Dialog mit allen politischen Gruppen beginnen solle und auf einen friedlichen Übergang zur Demokratie in naher Zukunft hinarbeiten müsse.

Weiterhin ermutigten die Außenminister Myanmar zu einer engen Zusammenarbeit hinsichtlich der Unterstützung des nationalen Aussöhnungsprozesses durch den UNO-Generalsekretärs und seinen Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari. Sie betonten die Wichtigkeit der Arbeit Prof. Gambaris bei der Hilfestellung auf Myanmars Weg nach vorn. Sie begrüßten die Regierungseinladung der vergangenen Woche für Prof. Gambari, Myanmar im August 2008 zu besuchen und wiederholten ihre Forderung nach größtmöglicher Zusammenarbeit mit Prof. Gambari. Sie forderten die Regierung Myanmars auf, ihm den Zutritt zu den wichtigsten Chefs zu gewähren mit dem weitestmöglichen Radius der Kontakte, einschließlich zu Daw Aung San Suu Kyi.



Assistance Association for Political Prisoners (Burma)

P.O Box 93, Mae Sot, Tak Province 63110, Thailand
e.mail: info@aappb.org website: www.aappb.org

Muslimische Studenten der Safran-Revolution wurden ins Arbeitslager geschickt

Informations-Ausgabe, 25. Juli 2008

In dieser Woche wurden vom Gericht der Stadt Kyauktada 10 junge Studenten zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatten vergangenen September an der Safran-Revolution teilgenommen und wurden im Oktober wegen dieser Teilnahme verhaftet. Wie AAPP erfuhr, wurden sie nach ihrer Verurteilung durch Anordnung des Innenministers in Ketten gelegt und in Arbeitslager verbracht. Die meisten der Studenten sind Muslime.

Da sie wegen politischer Vergehen festgenommen und verurteilt wurden, sind sie politische Gefangene. Es gab bisher wenig Fälle, in denen politische Gefangene in Zwangsarbeitslager geschickt wurden. Einige Mönche, die 1990 am Boykott der Klöster (Pattanni Kujjana) teilgenommen hatten, wurden daraufhin wegen ihrer Beteiligung in Zwangsarbeitslagern festgehalten. 19 Mönche starben wegen harter Arbeit und Unterernährung in den Lagern.

Tate Naing, Sekretär der Assistance Association for Political Prisoners sagte: „Die Verbringung der muslimischen Studenten in Zwangsarbeitslager ist Verfolgung wegen religiöser Zugehörigkeit. Diese Studenten sind nunmehr einer lebensbedrohlichen Situation ausgesetzt.“

Die Namen der 10 Studenten, die in Zwangsarbeitslager kamen, sind die folgenden:

1. Tun Myint Aung (Muslim)
(Kyaikmayaw New Life (6) Zwangsarbeitslager)
2. Tun Tun Naing
(Kyaikmayaw New Life (6) Zwangsarbeitslager)
3. Eisud (aka) Thaug Htut (Muslim)
(Paan New Life (7)Zwangsarbeitslager)
4. Naing Lin (Paan New Life (7) Zwangsarbeitslager)
5. Nyi Nyi Zaw (Muslim) 3. Jahr der Philosophie, Eastern Rangoon University), Zinkyaik Kiesgrube, Zwangsarbeitslager)
6. Kyaw Hlaing (aka) Japangyi (Muslim) Zinkyaik Kiesgrube, Zwangsarbeitslager)
7. Myo Thant (Muslim)
(Yinnyein Kiesgrube, Zwangsarbeitslager)

8. Myo Win (Muslim)
(Yinnyein Kiresgrube, Zwangsarbeitslager)

9. Han Thaw Min Aung (Dala)
(Taungzun Zwangsarbeitslager)

10. Nay Lin Oo (Muslim) (Taungzun Zwangsarbeitslager)

IRRAWADDY

http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=13501 news@irrawaddy.org The Irrawaddy Today's Newsletter for Wednesday, July 23, 2008

Burma zur Diskussion vor dem UN-Sicherheitsrat

Lalit K JHA,

Vereinte Nationen Mittwoch, den 23. Juli 2008

New York: Da die UN plant, den Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari im September nach Burma zu senden, bereitet der Sicherheitsrat eine Diskussion über Burma für Donnerstag vor, wobei die USA den „Schwerpunkt“ bezüglich Burmas auf eine politische Herangehensweise legen wollen.

„Es wird erforderlich sein, für Burma jetzt alles auf die politische Schiene zu lenken“, sagte Zalmay Khalilzad, US-Botschafter bei der UNO.

Khalilzad unterstrich, dass der von der Militärjunta gewählte „Prozess“ hinsichtlich der Anerkennung einer neuen Verfassung „sehr fehlerhaft“ gewesen sei. Am Montag übergab eine Gruppe von fünf burmesischen Parlamentariern dem Generalsekretär Ban Ki-moon und den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der UNO ein Schreiben mit der Aufforderung, die neue Verfassung durch die UNO für ungültig erklären zu lassen.

Ein Sprecher der UNO sagte, dass Gambari die Absicht habe, solche Angelegenheiten während seines Burma-Besuches im nächsten Monat zu besprechen.

Khalilzad sagte, dass das Referendum zur Anerkennung des Verfassungsentwurfes nicht mit den Standards des Sicherheitsrates und der Erklärung des Präsidenten, die vor dem Referendum festgelegt wurden, in Einklang zu bringen ist.

Die präsidentielle Erklärung der UNO verlangte die Freilassung aller politischen Häftlinge einschließlich Aung San Suu Kyis und einen freien, fairen und transparenten Prozess für das Referendum. Die burmesische Junta setzte das Referendum unmittelbar nach der Katastrophe des Zyklons Nargis an, der mehr als 130.000 Menschen das Leben kostete. Unter Führung der USA bezeichnet die internationale Gemeinschaft das Referendum als Farce.

„Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass das internationale System und ..☞

.. die UNO sich in Burma erneut auf den politischen Weg in Burma konzentrieren müssen“, sagte Khalilzad. Wegen der furchtbaren humanitären Situation im Anschluss an den Zyklon wurde dem politischen Prozess weniger Aufmerksamkeit geschenkt“, sagte Khalilzad. „Wir glauben, dass dies lebensnotwendig ist, und deshalb haben wir den Generalsekretär aufgefordert, erneut seinen Sonderbeauftragten dorthin zurückzusenden und einen bestimmten Fortschritt zu erwirken.“

Am Dienstag flog der Unterstaatssekretär für humanitäre Belange und Koordinator der Nothilfeaktionen, John Holmes, für einen dreitägigen Besuch nach Burma, um den Fortschritt der Hilfslieferungen und Wiederaufbauoperationen zu bewerten.

Holmes besuchte am Dienstag mit dem Hubschrauber verschiedene betroffene Gemeinden im Irrawaddy-Delta.

„Er stellte fest, dass seit seinem letzten Besuch im Mai ein beachtenswerter Fortschritt gemacht wurde“, sagte der Sprecher der UNO. „Jetzt müssen wir uns darauf konzentrieren, die schwächsten Gemeinden in entfernt gelegenen Gebieten zu erreichen“.

Holmes hatte geplant, die Hilfs- und Spendergemeinschaft am Mittwoch in Rangoon zu treffen. Er plant weiterhin, in die Hauptstadt Naypyidaw zu reisen, wo er sich am Freitag mit burmesischen Beamten zu Konsultationen treffen will.



Secretary-General SG/SM/11716 Der Generalsekretär ruft wegen des anstehenden Besuches des Sonderbeauftragten für Myanmar eine Sitzung ein -23.07.2008

"euro_burma" euro_burma@verizon.net Fri, 25. Jul 2008

Die folgende Erklärung wurde heute durch den Sprecher der UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon herausgegeben:

Der Generalsekretär berief heute eine Konferenz der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs zu Myanmar ein, um den anstehenden Besuch des Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari dorthin zu besprechen.

Die Gruppe betonte ihre starke Unterstützung der Bemühungen des Generalsekretärs. Mitglieder der Gruppe wiesen auf ihre Erwartungen hin, dass der nächste Besuch Mr. Gambaris einen merklichen Fortschritt in den Punkten, die der internationalen Gemeinschaft Sorgen bereiten, zu erzielen, besonders bezüglich der Wiederaufnahme des Dialogs zwis-

chen Aung San Suu Kyi und der Regierung, der Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses und der regelmäßigen verpflichtenden Verantwortung hinsichtlich der Bemühungen des Generalsekretärs.

"Burma_news" burma_news@verizon.net -
Burma News - 25 July 2008 Fri, 25. Jul 2008

AFP, 24. Juli 2008

Rice sagt, dass Myanmar sehr „hinter dem Gesetz herhinkt“

Singapur: US-Aussenministerin Condoleezza Rice sagte am Donnerstag, dass Myanmar, selbst nachdem es eine regionale Charta für Menschenrechte ratifiziert hat, stark hinter der Weltgemeinschaft herhinkt.

Rice wohnte am Mittwoch einer Ministerkonferenz der 10 Mitglieder der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) bei, die dem Thema Myanmar erhebliche Zeit widmete.

„Die Charta der ASEAN strebt die Einhaltung des Rechts, der Menschenrechte, die Entwicklung pluralistischer politischer Systeme sowie die Eingliederung in die internationale Gemeinschaft der Staaten an. Hier hinkt Burma sehr hinterher“, sagte sie.

Die Junta wurde streng wegen der Verzögerung kritisiert, ausländische Hilfe nach dem Zyklon vom 2./3. Mai, der mehr als 138.000 Tote und Vermisste hinterliess, ins Land zu lassen.

Es erlaubte verspätet, Helfer nach einem von den ASEAN und der UNO ausgearbeiteten Plan hereinzulassen.

„Man fragt sich, wie es möglich war, dass die internationale Gemeinschaft einfach zusah und es so geschehen ließ“, sagte Rice.

„Ich gebe der ASEAN viel Kredit für die Entwicklung eines Mechanismus - wenn Sie so wollen, - nach einiger Zeit Hilfe und beschleunigte Hilfe zuzulassen und so zum internationalen Zentrum für Kontakte mit Burma zu werden,“ sagte sie.

„Das war eine nützliche Rolle, aber es hätte eigentlich erst gar nicht so vorkommen dürfen“, sagte Rice.

„Jetzt erhebt sich die Frage, ob sich nach der leichten Öffnung, die dadurch zustande kam, es einen Weg gibt, Burma auf die politische Spur zu bringen und dass am Ende etwas daraus entsteht, was bisher nur eine Art Farce ist und mit der „Roadmap zur Demokratie“ bezeichnet wird, die ins Nirgends führt“, sagte Rice.

„Wäre es möglich dass die regionalen

Staaten und Nachbarn das Regime dazu bewegen könnten, Aung San Suu Kyi freizugeben und eine wirkliche Opposition zuzulassen?“ fragte sie.

THE
IRRAWADDY

INTERNATIONAL NEWS SERVICE

http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=13257

Das Entstehen von Splittergruppen trübt die Beziehungen innerhalb der burmesischen Junta -

news@irrawaddy.org The Irrawaddy, Donnerstag, den 10. Juli 2008

An der Oberfläche scheinen sich die hochrangigen Generäle einig zu sein. Aber seit der Umbildung Anfang Juni kursieren Spekulationen, dass das Regime umfassenden Umgruppierungen unterworfen ist, in denen sich konkurrierende Gruppen den Einfluss streitig machen.

Es kursieren Gerüchte, dass einige der führenden Köpfe des Büros für Sonderoperationen, die im Juni entlassen worden waren, jetzt wegen Korruption untersucht werden. Von einigen wird sogar angenommen, dass sie unter Hausarrest stehen und sich der Anklage des Hochverrats gegenüber sehen.

Obwohl internationale Nachrichtenagenturen von rund 150 Offizieren berichten, glauben gutinformierte Beobachter, dass die Anzahl derer, die versetzt oder entfernt wurden, wahrscheinlich näher bei 400 liegt.

Es wird angenommen, dass drei mächtige Gruppen an die Oberfläche getreten sind, die alle loyal zu Seniorgeneral Than Shwe stehen, der weiterhin Oberkommandierender der Streitkräfte ist.

Diese drei Gruppen werden angeführt von General Thura Shwe Mann, Generalleutnant Myint Swe und Generalleutnant Thiha Thura Tin Aung Myint Oo.

Thura Shwe Mann, 60, ist drittrangigster General der Militärhierarchie und hat den Titel des Vereinten Stabschefs. Er wurde dazu vorbereitet, den Platz des Stabskommandeurs der Streitkräfte zu übernehmen, wenn Than Shwe zurücktreten möchte.

Shwe Mann hat ebenfalls den hochtrabenden Titel des „Koordinators für Sondereinsätze der Armee, Marine und Luftwaffe“ inne – eine Position, die ihm den Überblick über alle Zweige des Militärs erlaubt, einschließlich über das mächtige Büro für Sondereinsätze.

Shwe Mann wird als der Protegé Than Shwes angesehen. Er steht auch mit einigen Geschäftsleuten und Gelehrten in enger Verbindung, die kürzlich mit der Erlangung humanitärer Hilfe für die vom Zyklon betroffenen Gebiete im Irrawaddy-Delta bemüht waren.

...✍

... ↗

Der Sohn Shwe Manns, Aung Thet Mann, ist im Kunstdünger- und Reismühlengeschäft im Delta tätig. Das Shwe Mann-Lager hat kürzlich die Information gestreut, dass der General geschäftstüchtig sei und die Kooperation mit den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft befürwortet. Er ist ein enger Freund und ehemaliger Klassenkamerad von Generalleutnant Soe Thein, der vor kurzem aus seiner Position des Chefs der Marine entlassen und zum Industrieminister ernannt wurde. Ein weiterer aufsteigender Stern ist Generalleutnant Myint Swe, 59, der dem Büro für Sondereinsätze 5 (BSO 5) vorsteht.

Myint Swe gehört der Volksgruppe der Mon an und hat seit Beginn 2000 eine Schlüsselrolle in der Sicherheit Rangoons gespielt. Er ist ein entfernt Verwandter von Than Shwes Frau Kyaing Kyaing, und soll dem Seniorchef nahe stehen. Er war in verschiedenen wichtigen Operationen bei der Beseitigung einiger Spitzenführer, unter ihnen Premierrminister General Khin Nyunt beteiligt, der im Oktober 2004 gestürzt wurde.

Myint Swe tauchte, seit der Zyklon Nargis im vergangenen Mai in Burma zuschlug, häufiger in den staatlichen Medien auf, was Beobachter dazu veranlasste zu fragen, ob er nicht dabei ist, eine Position in der Führungsspitze anzustreben.

Generalleutnant Tin Aung Myint Oo, Quartiermeister-General, der in 2007 zum 1. Sekretär des Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrates ernannt worden war, ist der mutmaßliche Anführer der dritten Gruppe.

Burma-Beobachter sehen in Tin Aung Myint Oo einen der Hauptopponenten ausländischer Hilfe und Beteiligung der UNO bei den Bemühungen anlässlich des Zyklons Nargis. Er hat kürzlich das Irrawaddy-Delta besucht und wurde zum zweiten Chef des Zentralen Ausschusses für die Bereitschaft bei nationalen Katastrophen ernannt.

Alle drei Generäle haben die betroffenen Gebiete besucht. Shwe Mann begleitete Than Shwe, während Tin Aung Myint Oo zusammen mit Maung Aye, dem stellvertretenden Oberkommandeur der Streitkräfte und Chef der Armee, zusammen mit anderen mächtigen Kommandeuren, unter ihnen die Chefs für Luftabwehr und des Geheimdienstes kam. Myint Swe besuchte die betroffenen Gebiete allein und gab den Behörden die „notwendigen Instruktionen“.

Insider haben festgestellt, dass alle drei Than Shwe und seiner Familie nahe stehen und so alle Möglichkeit eines Coups gegen den Oberkommandeur ausschalten.

Währenddessen bleibt Armeechef Maung

Aye zweitmächtigster Militärchef der Streitkräfte. Maung Aye war in einem verbitterten Kampf mit General Khin Nyunt verwickelt, und Than Shwe profitierte von dem Machtkampf der beiden. Maung Aye hat wenig politische Ambitionen und bedeutet keine Gefahr für Than Shwe.

Sollten die Spekulationen sich über das Auftreten von drei mächtigen Gruppen innerhalb des Oberbefehls als richtig erweisen, dann sind weitere Säuberungen und Wechsel an der Spitze zu erwarten.

new Aung <nweaung@aol.com>

DEMOKRATIEBEWEGUNG FORDERT DEN WIDERRUF DER MITGLIEDSCHAFTS-BERECHTIGUNG DER BURMESISCHEN MILITÄRREGIERUNG BEI DEN VEREINTEN NATIONEN UND PROTESTIERT GEGEN BURMAS RECHT ZUR TEILNAHME AN DER UNO-GENERALVERSAMMLUNG 2008

14. Juli 2008

Die Demokratiebewegung Burmas stellt die Berechtigung der burmesischen Militärjunta infrage, an der Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2008 teilzunehmen. Da dieser Vorstoß drauf abzielt, Reformen im Land zu befördern sowie das burmesische Volk vor der unbarmherzigen Junta zu schützen, ersuchen wir die Nationen der Welt, mit uns zusammenzuarbeiten und ihre aktive Unterstützung für unsere Belange größtmöglich zu erweitern.

Seit Jahrzehnten haben sich die Menschen Burmas friedlich um politische Reformen im Land bemüht, aber aufeinander folgende Militärregimes wehrte sich mit Einschüchterungen, Mord und Unterdrückung, um seine Macht durch Gewalt aufrechtzuerhalten. Der Staatsrat für Frieden und Entwicklung (State Peace and Development Council, SPDC), früher bekannt als Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (State Law and Order Restoration Council SLORC), wird allgemein als eine der repressivsten und verschlossensten Regierungen der Welt angesehen. Der SPDC weigerte sich, die Ergebnisse der letzten legitimen Wahlen von 1990 anzuerkennen, als die Nationale Liga für Demokratie der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi 80 % der Parlamentssitze gewann. Trotz jahrelanger Anstrengungen von Aktivisten innerhalb und außerhalb Burmas, haben die Bemühungen zu einem friedlich verhandelten Übergang zu einer demokratischen Zivilregierung wenig Fortschritt gemacht. Bis heute hat die Führung der Junta alle Versprechen auf demokratische Veränderungen im Land ignoriert und statt dessen Maßnahmen durchgeführt, um demokratische Kräfte zum Schweigen zu bringen.

Im Laufe des letzten Jahres war die internationale Gemeinschaft Zeuge zahlreicher Demonstrationen der brutalen Taktik des SPDC, um seine Macht zu sichern,

beispielsweise das scharfe Vorgehen gegen friedliche Mönche und Bürger, die während der Safran-Revolution nach demokratischen Reformen verlangten; die Missachtung der Menschenrechte durch die Ablehnung der internationalen Hilfe nach dem Zyklon Nargis; die ungesetzliche Fortdauer von Aung San Suu Kyis langem Hausarrests; und das betrügerische Referendum, welches nur wenige Tage nach dem Zyklon Nargis durchgeführt wurde, obwohl die Regierung den Schaden vom Sturm noch gar nicht festgestellt hatte. Die Ungerechtigkeit dieser letzten Verbrechen verstärkt sich angesichts vorheriger Taten der Junta, wie die gewaltsame Niederschlagung der 1988er-Proteste, die Verweigerung der Anerkennung der Ergebnisse der Wahlen von 1990 und die Morde an NLD-Mitgliedern im Jahr 2003 beim so genannten Depayin Massaker.

Ein wichtiger Grundsatz der Demokratie ist, dass die Souveränität bei den Menschen liegt. Obwohl die Junta das burmesische Volk brutal unterdrückt und die Forderungen der internationalen Gemeinschaft verspottet hat, haben einige Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen der Junta weiterhin das Recht eingeräumt, bei den Vereinten Nationen vertreten zu sein. Der SPDC will und kann das Volk seines Landes nicht legitim vertreten, deshalb ist es jetzt an der Zeit, um dieses Recht bei den Vereinten Nationen zu widerrufen.

Die Demokratie-Bewegung für Burma, vereint in einer weltweiten Koalition, bittet die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, für die Grundsätze der Demokratie und Menschenrechte einzutreten und die SPDC-Delegation bei der kommenden Sitzung der Generalversammlung zurückzuweisen.

Weitere Informationen:

International Burmese Monks Organizations Sasana Moli - Ashin Pyinnya Vansa Tel: 718 426 3959 National Council of the Union of Burma Maung Maung Tel: 202 352 7884 Director, Credentials Challenge Project Ko Ko Lay Tel: 415 203 0541 Joint Action Committee of Burmese Community in Japan (JAC) Dr.Min Nyo Tel: 813-5296-3010



Jody Williams, Friedensnobelpreisträgerin

Zitat des Tages:
Datum: Mon, 28. Juli 2008

anil verma anilverma7@yahoo.com - [NLDmembersnSupporter-sofCRPPnLNDnDASSK] 2008-07-28 Burma News Summary

Die Roadmap ist der schlechteste Weg nach vorn. Die Roadmap lässt Lügen, ein gefälschtes Referendum, eine fragwürdige Reform der Verfassung und den Ausschluß von Menschen zu, die die Wahlen gewonnen haben. ***

UN wünscht "spürbaren Fortschritt" in Burma

-Lalit K JHA

Vereinte Nationen:

Die "Gruppe der Freunde" Burmas des UNO-Generalsekretärs sagte am Mittwoch, dass der erneute Besuch des UNO-Sonderbeauftragten im August in Burma "einen spürbaren Erfolg" in den Punkten, die der Internationalen Gemeinschaft Sorgen bereiten, erzielen muss.

Die "Group of Friends" Burmas traf sich mit dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und dem Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari im UNO-Hauptquartier, um den Besch zu besprechen.

Der Botschafter der USA bei der UNO, Zalmay Khalizad, meinte dem Irrawaddy gegenüber, dass die "Zeit für konkrete Ergebnisse gekommen sei".

Die vorherigen Besuche Gambaris haben sehr wenig Ergebnisse gezeitigt, sagte Khalizad, und von dieser Reise muss er mit "konkreten Ergebnissen zurückkommen".

Ban und Gambari lehnten jeglichen Kommentar nach einem Treffen ab, an dem sich Australien, China, Frankreich, Indien, Indonesien, Japan, Norwegen, Russland, Singapur, die koreanische Republik, Thailand, Britannien, die USA, Vietnam und die EU beteiligt hatten.

Während sich die USA, Britannien, Russland, Singapur, Indien und verschiedene andere Länder durch ihren Botschafter vertreten liessen, sandte China einen Beamten der dritten Garnitur zu dem Treffen.

Besprechungspunkte der internationalen Gemeinschaft waren die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der pro-demokratischen Vertreterin Aung San Suu Kyi und der burmesischen Regierung, die Glaubwürdigkeit des Wahlvorgangs und ein regelmässiger Fortschritt in der Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär.

Khalizad sagte, dass es im Anschluss an das burmesische Verfassungsreferendum und die humanitäre Antwort auf den Zyklon Nargis, der mehr als 130.000 Tote im Delta des Irrawaddy hinterliess "es keinerlei Fortschritt gegeben habe. Stattdessen sind einige Rückschritte in der Politik zu verzeichnen."

"Wir müssen eine starke Botschaft durch Gambari überbringen, dass politischerseits in einem festgesetzten Zeitrahmen Fortschritte erzielt werden müssen bezüglich der Verhandlungen im Hinblick auf die Wahlen von 2010, die Freilassung der politischen Gefangenen einschliesslich Aung San Suu Kyi und im Hinblick auf den Wiederaufbau des Landes in der Zukunft, der Wiederaufbau des Landes hängt sehr vom politischen Fortschritt ab."

In der Zwischenzeit haben sich Burmas Nachbarn Indien und China mit Indonesien zusammengetan, und - wie sie es beschreiben - eine informelle Gesprächsgruppe zu Burma gegründet.

Burma und der UNO-Beauftragte Gambari sind zwei weitere Partner dieser informellen Gruppe, die auf die Initiative Indonesiens zustande kam.

Beamte gaben bekannt, dass die ständigen Vertreter Chinas, Indiens, Indonesiens und Burma planen, sich regelmässig mit Gambari zu Lunchgesprächen im Hauptquartier der UNO in New York treffen wollen, um Burma betreffende Punkte zu besprechen.

Bisher traf sich die Gruppe zweimal, beide

Male als Gäste Indonesiens.

"Dies ist keine offizielle Gruppe. Sie ist nicht institutionalisiert. Es ist ein Lunch-Treffen, an dem Vertreter Indiens, Indonesiens, Chinas und Myanmar zusammen mit Gambari teilgenommen haben", teilte der indische Botschafter bei der UNO, Nirupam Sen, dem Irrawaddy mit. "Ohne Myanmar und seine Regierung und dessen Sinn der Eigentümerschaft dort mit einzubeziehen, können wir nicht wirklich irgendwelche grundsätzlichen Veränderungen herbeiführen".

Indem er es eine "Zielgruppe" nannte, wurde sie lt. US-Botschafter Khalizad gebildet, um Burma "in die richtige Richtung" zu bewegen.

Indien steht in enger Verbindung mit den Hauptdarstellern bezüglich Burma und er sagte, "dass Indien sehr daran gelegen sei, dass die Mission des guten Willens einen fühlbaren Fortschritt zeitigen wird.

Botschafter Sen sagte, dass unter anderem ein Mechanismus eingebaut sei für einen sozio-wirtschaftlichen Plan, der Burmas "Roadmap" hin zu Demokratie mit einbindet sowie die Wiederaufnahme des Dialoges mit der National League for Democracy. Gambari sagte, dass er diese Punkte bei seinem nächsten Besuch aufgreifen wird. ###

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros

zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln.

Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470

e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de -

<http://www.burmabureaugermany.com>

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့

[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]

Gedichte

Von Saya Tin Moe

(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten während seiner politischen Gefangenschaft.

von Moe Aye

(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto
Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln

Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470

e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470

e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com> - <http://www.burma-report.de>

Für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Burma